

## **Stromsteuer im Aufwind: Finanzminister plant revolutionäre Abgabe!**

SPÖ plant neuen Energiewirtschaftstransformationsbeitrag. Gesetzesentwurf steht kurz vor Beschluss im Parlament.

**Wien, Österreich** - Österreich steht vor einem heftigen Politikum: Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) hat einen Gesetzesentwurf präsentiert, der die Einführung einer neuen Sonderabgabe auf Stromerzeugung vorsieht. Diese Abgabe, genannt „Energiewirtschaftstransformationsbeitrag“, könnte die finanziellen Belastungen für Energieunternehmen erheblich erhöhen. Laut Berichten könnte die Abgabe für jede erzeugte Megawattstunde grünen Stroms drei Euro und für Strom aus Gaskraftwerken vier Euro betragen, was insgesamt bis zu 250 Millionen Euro jährlich einbringen soll. Dies würde die ursprünglich kommunizierten 200 Millionen Euro für die Verlängerung des Energiekrisenbeitrages übersteigen, was in der Branche alarmierende Reaktionen ausgelöst hat, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Belastungen für die heimische E-Wirtschaft, die bereits auf teureren Strom aufmerksam macht.

Die Reaktionen innerhalb der Koalition sind gemischt. ÖVP und NEOS zeigen sich skeptisch gegenüber dem Vorschlag, der bislang nicht umfassend abgesprochen wurde. Das Finanzministerium hat die Dringlichkeit des Gesetzes unterstrichen: Eine schnelle Einigung im Nationalrat ist nötig. Der Ausschuss soll bereits in diesem Budgetzyklus das Modell diskutieren, mit einer Entscheidung bis Freitag. Kritik kommt zudem von der Wiener SPÖ, da die Wien Energie, die größte Gaskraftwerksbetreiberin des Landes, ihre Interessen gefährdet

sieht, wie die **Kleine Zeitung** berichtet.

## Pläne stoßen auf Widerstand

Die Diskussion über die neue Abgabe wird intensiv geführt, und die Regierungsteam-Interaktionen sind derzeit von einem Gefühl des Drucks geprägt. Marterbauer und sein Team betonen die Notwendigkeit, die Staatsfinanzen zu sanieren und gleichzeitig einen Beitrag der Energieunternehmen zu sichern. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Verhandlungen entwickeln, da die Koalitionspartner anscheinend noch Klärungsbedarf sehen, wie die **Österreich** berichtet. Die Ausgangslage bleibt gespannt, und die Zeit drängt für eine Einigung, um im Hinblick auf die energiewirtschaftlichen Pläne Klarheit zu schaffen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Wien, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.oe24.at">www.oe24.at</a></li><li>• <a href="http://www.kleinezeitung.at">www.kleinezeitung.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**